

Weitere Factsheets dieser Reihe

- Familie unter Druck
- Schule unter Druck
- Partizipieren als Entwicklungsaufgabe

Dieses Factsheet basiert auf der Analyse **Beteiligung als soziale Frage. Eine sozialisationstheoretische Bestandsaufnahme zu Familie, Schule und Partizipieren junger Menschen in Deutschland.**

Eine Lang- und Kurzfassung dieser Analyse sowie alle genutzten Quellen finden sich unter



starkimland.de/beteiligung-als-soziale-frage

Kinder- und Jugendbeteiligung ist eine demokratische Notwendigkeit

Eine Demokratie muss Bedingungen schaffen, unter denen junge Menschen Partizipation nicht als Ohnmacht, sondern als wiederkehrende Wirksamkeitserfahrungen erleben.

1. Beteiligung als Strukturaufgabe verstehen

Beteiligung muss u. a. in Familienpolitik, Bildungspolitik, Stadtentwicklung, Jugendhilfe, Sozialpolitik und Demokratiepilotik mitgedacht werden. Nicht nebenbei, sondern mit verlässlichen Zuständigkeiten, Standards und Rückmeldungen, um junge Menschen als politische Subjekte ernst zu nehmen.

2. Materielle Grundlagen sichern und Familien wirksam entlasten

Beteiligung entsteht nicht unter gleichen sozialen Bedingungen. Kinderarmut, hohe Wohnkosten, Zeitdruck und fehlende Infrastruktur begrenzen Mitsprache, Zugehörigkeit und Selbstwirksamkeit. Familien brauchen armutsfeste Absicherung, erreichbare Unterstützung, verlässliche Betreuung und soziale Infrastruktur vor Ort.

3. Schule als demokratischen Erfahrungsraum stärken

Schule muss mehr sein als ein Leistungsort. Junge Menschen brauchen Anerkennung, faire Beteiligungsverfahren, Förderung, Schutz und Mitwirkung mit sichtbaren Folgen. Dafür braucht es pädagogische Präsenz, multiprofessionelle Teams, Ganztags-, Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und eine Ausstattung, die Lernen, Teilhabe und Beteiligung ermöglicht.

4. Demokratische Alltagsorte dauerhaft absichern

Jugendtreffs, Vereine, dritte Orte und weitere soziale Orte schaffen Räume, in denen Zugehörigkeit, Aushandlung und Selbstwirksamkeit praktisch gelernt werden. Diese Orte benötigen dauerhafte Finanzierung.

5. Junge Menschen politisch stärker absichern

Die politische Minderheitenlage junger Menschen muss ausgeglichen werden. Dazu gehören eine Absenkung des Wahlalters für Bundes-, Landtags- und Kommunalwahlen auf mindestens 16 Jahre, Jugendquoten, Jugendgremien, Zukunftsräte junger Menschen und verbindliche Beteiligungsverfahren.

6. Ressourcen nach Soziallage und Raum steuern – und Wirkung überprüfen

Unterstützung muss dort stärker ankommen, wo Belastungen besonders hoch sind. Soziallagenbezogene und raumsensible Steuerung hilft, Familien, Schulen und Kommunen gezielt zu stärken, statt ungleiche Bedingungen pauschal gleich zu behandeln. Zugleich muss sichtbar werden, wer erreicht wird, wer außen vor bleibt und ob Beteiligung Folgen hat.

Gute Beteiligungspolitik ist Demokratiepilotik. Ob junge Menschen als demokratisch wirksame Bürger:innen oder als entfremdete Subjekte in die Gesellschaft der Erwachsenen eintreten, entscheidet sich nicht irgendwann. Es entscheidet sich bereits während ihres Aufwachsens.

Warum Aufwachsen eine Demokratiefrage ist

Aufwachsen ist kein rein privater Vorgang. Junge Menschen lernen in konkreten Lebensumfeldern, ob sie dazugehören, ob Erwachsene auf sie reagieren und ob Institutionen verlässlich sind. Familie, Schule und öffentliche Räume sind deshalb mehr als Alltagsorte. Sie sind frühe Erfahrungsräume von Gerechtigkeit, Anerkennung und Mitwirkung.¹

Demokratie braucht solche Erfahrungsräume. Wer früh erlebt, dass Regeln erklärbar sind, Konflikte ausgehandelt werden können und die eigene Meinung zählt, entwickelt eher Vertrauen in sich selbst, in andere und in gesellschaftliche Institutionen. Beteiligung wird dann nicht nur als abstraktes Recht verstanden, sondern als konkrete Möglichkeit, die eigene Umwelt und die eigene Zukunft mitzugestalten.²

Demokratie wird früh gelernt

→ Anerkennung

Ich werde ernst genommen.

→ Zugehörigkeit

Ich habe einen Platz.

→ Wirksamkeit

Mein Handeln kann etwas verändern.

→ Vertrauen

Verfahren reagieren und sind nachvollziehbar.

Wo Anerkennung, Mitwirkung und Verlässlichkeit fehlen, gerät diese Passung unter Druck. Junge Menschen können politische Motivation, Interesse und Gestaltungswillen dann nicht selbstverständlich in Erfahrungen von Wirksamkeit übersetzen. Entscheidend ist deshalb, ob die äußeren Bedingungen des Aufwachsens zur inneren Bereitschaft junger Menschen passen, sich einzubringen und Gesellschaft mitzugestalten.³

Damit wird Aufwachsen zu einer Frage demokratischer Reproduktion. Gelingendes Aufwachsen braucht die Passung zwischen innerer Motivation, politischem Interesse und äußeren Gelegenheiten, Ressourcen und Verfahren. Eine Demokratie, die ihrer nachwachsenden Generation diese Passung systematisch erschwert, beeinträchtigt nicht nur die Bewältigung der Entwicklungsaufgabe des Partizipierens. Sie untergräbt auch ihre eigenen Grundlagen.⁴

Wie aus ungleichen Bedingungen politische Distanz entsteht

Ungleiche Beteiligung beginnt lange vor der ersten Wahl. Sie entsteht dort, wo junge Menschen unterschiedlich viel Zeit, Ruhe, Geld, Unterstützung, Anerkennung und erreichbare Orte zur Verfügung haben. Manche wachsen mit stabilen Beziehungen, sicheren Lernbedingungen und zugänglichen Angeboten auf. Andere erleben Belastung, Ausschluss, schwache Infrastruktur und das Gefühl, sich durchkämpfen zu müssen.⁵

Diese Unterschiede wirken entlang der Stationen des Aufwachsens. In Familien können junge Menschen früh Gehör, Schutz und Verlässlichkeit erleben. In der Schule entscheiden Anerkennung, Förderung, Beziehung und faire Verfahren mit darüber, ob Vertrauen in sich selbst und in Institutionen entsteht. Im Sozialraum zeigt sich, ob Räume, Mobilität und Fachkräfte erreichbar sind. In der Politik wird sichtbar, ob junge Perspektiven nur angehört werden oder tatsächlich Einfluss erhalten.⁶

So entsteht eine Kaskade: Ungleiche soziale Bedingungen prägen, ob junge Menschen Anerkennung, Fairness und Selbstwirksamkeit erleben. Wo diese Erfahrungen fehlen, bleibt Beteiligung brüchig, folgenarm oder symbolisch. Wer wiederholt erlebt, dass die eigene Stimme keine sichtbaren Folgen hat, entwickelt eher Ohnmacht, Misstrauen und politische Distanz.⁷

Kaskade geschwächter demokratischer Bindung

Ungleiche soziale Bedingungen

Ungleiche Anerkennungs-, Fairness- und Selbstwirksamkeitserfahrungen

Beteiligung bleibt brüchig, folgenarm oder symbolisch

Ohnmacht, Misstrauen, politische Distanz

Anschlussfähigkeit für Rückzug, autoritäre Ordnungsversprechen oder extrem rechte Deutungen

Schwächere demokratische Bindung und gefährdete gesellschaftliche Stabilität

Das ist kein Jugendproblem, sondern ein Hinweis darauf, dass demokratische Strukturen jungen Menschen nicht verlässlich eröffnen, was sie für gelingende Partizipation brauchen. Familie, Schule, Sozialraum und Politik sind deshalb keine getrennten Felder. Sie bilden eine Erfahrungskette. Diese wirkt nicht automatisch, aber sie kumuliert: Anerkennung, Förderung, Räume und Rechte können sich gegenseitig verstärken – ebenso wie fehlende Unterstützung, schwache Verfahren und folgenlose Beteiligung.⁸

Eine Demokratie, die Anerkennung und Wirksamkeit systematisch ungleich verteilt, schwächt ihre eigene Grundlage: die Bereitschaft und Fähigkeit der nachwachsenden Generation, Gesellschaft demokratisch mitzugestalten.⁹

FACTSHEET

Aufwachsen unter Druck Beteiligung als soziale Frage

Beteiligung beginnt nicht erst an der Wahlurne.

Junge Menschen erfahren in Familie, Schule, Sozialraum und Politik, ob sie gesehen werden, ob ihre Stimme zählt und ob ihr Handeln Folgen hat. Wo diese Erfahrungen von Geld, Wohnort, Schulqualität, familiären Ressourcen oder einzelnen Erwachsenen abhängen, bleiben Beteiligung und demokratische Erfahrungen für viele brüchig.

Dieses Factsheet zeigt: Beteiligung ist keine pädagogische Zusatzaufgabe, sondern eine Bedingung demokratischer Zukunft.

Wenn junge Menschen Partizipation vor allem als Ohnmacht erleben, wird nicht nur individuelles Aufwachsen beschädigt. Dann geraten auch Vertrauen, Zugehörigkeit und demokratische Bindung unter Druck.

Beteiligung ist deshalb eine explizit soziale Frage. Junge Menschen wachsen unter sehr ungleichen Bedingungen auf.

Ihre Möglichkeiten hängen davon ab, ob Familie trägt, Schule fördert, Sozialräume gut ausgestattet sind und politische Verfahren Wirkung zulassen. Demokratie darf diese Unterschiede nicht dem Zufall überlassen.

Teil der Factsheet-Reihe Beteiligung als soziale Frage.

Die Reihe verdichtet die gleichnamige DKJS-Analyse zum Aufwachsen junger Menschen in Deutschland in vier Zugänge: Familie, Schule, Partizipieren und übergreifende Synthese.

Impressum

Herausgeberin: Deutsche Kinder- und Jugendstiftung GmbH, vertreten durch die Geschäftsführung: Anne Rolvering (Vorsitz), Frank Hintze, Tempelhofer Ufer 11, 10963 Berlin
Tel. +49 (0)30 – 25 76 76 – 0 | [info\[at\]dkjs.de](mailto:info[at]dkjs.de) | www.dkjs.de
Autor: Alexander von Ende | Redaktion: Peggy Eckert, Amikó Popella, Paula Voigt, Lena Fiedler | Grafik & Layout: Sarah Haßheider | Redaktionsschluss Oktober 2025

1. Auflage 2026

Diese Publikation wurde von der Deutschen Kinder und Jugendstiftung im Rahmen des Programmverbundes Stark im Land angefertigt, gefördert durch das Sächsische Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Soziallotterie freihait+.

Diese Maßnahme wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.



1 vgl. Hurrelmann & Bauer 2018: 97–109, 144 f., 165–176; Jugendteilhabeatlas 2025: 68–72; BMBFSFJ 2025b: 77–85

2 vgl. BMBFSFJ 2025b: 77–85, 89, 93; Calmbach et al. 2024: 244–251; Jugendteilhabeatlas 2025: 68–72

3 vgl. Hurrelmann & Bauer 2018: 97–109; Rottach et al. 2025: 6 f.; Albert, Quenzel & de Moll 2024: 13, 271; DJJ 2024e: 9, 12

4 vgl. Hurrelmann & Bauer 2018: 106–109; Quenzel & Hurrelmann 2022: 97

5 vgl. Hurrelmann & Bauer 2018: 97–109, 145–155; Funcke & Menne 2023: 10–13; Der Paritätische 2025: 21, 26–28; Robert Bosch Stiftung 2024b: 83–85; Jugendteilhabeatlas 2025: 32–34, 68–72

6 vgl. BMBFSFJ 2024a: 15–18, 22; Robert Bosch Stiftung 2024b: 83–85; Jugendteilhabeatlas 2025: 68–72; BMBFSFJ 2025b: 77–85, 89, 93

7 vgl. Hurrelmann & Bauer 2018: 106–109; BMBFSFJ 2025b: 77–85, 89, 93; Albert, Quenzel & de Moll 2024: 13, 271; Calmbach et al. 2024: 304 f.; DJJ 2024e: 9, 12

8 vgl. Hurrelmann & Bauer 2018: 97–109, 145–155; Quenzel & Hurrelmann 2022: 97; Robert Bosch Stiftung 2024b: 83–85; Jugendteilhabeatlas 2025: 68–72; BMBFSFJ 2025b: 77–85, 89, 93

9 vgl. Hurrelmann & Bauer 2018: 106–109; Quenzel & Hurrelmann 2022: 97; Albert, Quenzel & de Moll 2024: 73, 271

Warum junge Menschen politisch in der Minderheit sind

Junge Menschen sind in einer alternden Gesellschaft zahlenmäßig weniger vertreten als ältere Generationen. Gleichzeitig sind sie politisch schwächer repräsentiert. Viele Entscheidungen über Klima, Bildung, Infrastruktur, soziale Sicherung oder Wehrpflicht betreffen ihre Zukunft unmittelbar und langfristig – werden aber überwiegend von älteren Wahlberechtigten, älteren Parteien und älteren Parlamenten geprägt.¹⁰

Diese politische Minderheitenlage verschärft, was in Familie, Schule und Sozialraum bereits ungleich angelegt ist. Wer weniger materielle Ressourcen hat, wer in Schule seltener Anerkennung erfährt oder wer in einem Sozialraum mit schwacher Infrastruktur aufwächst, hat auch schlechtere Voraussetzungen, politische Ansprüche wirksam einzubringen. Aus sozialer Ungleichheit wird so politische Ungleichheit.¹¹

Die Minderheitenlage junger Menschen ist deshalb mehr als ein Argument für einzelne Reformen. Sie offenbart ein Strukturproblem demokratischer Gleichheit. Wer seltener oder gar nicht wählen darf, seltener gewählt wird und weniger institutionelle Macht besitzt, ist darauf angewiesen, dass politische Verfahren besonders zugänglich, verbindlich und responsiv sind. Genau dies erleben junge Menschen jedoch als häufig unzureichend.¹²

Politische Minderheitenlage heißt:

- **junge Menschen sind zahlenmäßig kleiner,**
- **viele sind nicht oder nur eingeschränkt wahlberechtigt,**
- **Parteien und Parlamente sind deutlich älter,**
- **Zukunftsentscheidungen betreffen junge Menschen besonders lange,**
- **ihre Perspektiven brauchen deshalb stärkere institutionelle Absicherung.**

Hinzu kommt eine Schiefelage im politischen Diskurs. Junge Menschen werden regelmäßig zu Verantwortung, Gemeinssinn oder Leistungsbereitschaft aufgerufen. Zugleich erhalten sie nicht im gleichen Maß Macht, Ressourcen und verbindliche Mitentscheidungsmöglichkeiten. Sie sollen die Gesellschaft mittragen, ohne sie im gleichen Maße ausreichend mitsteuern zu können.¹³

Aus dieser Minderheitenlage folgt ein demokratischer Schutzauftrag – und eine Machtfrage. Junge Perspektiven brauchen Rechte, Verfahren und Repräsentationsformen, die sie nicht vom Wohlwollen älterer Mehrheiten abhängig machen. Eine Demokratie, die ihre Zukunft offen und gestaltbar halten will, darf junge Menschen nicht nur als Ressource gesellschaftlicher Erwartungen behandeln. Sie muss ihnen reale Gestaltungsmacht einräumen.¹⁴

Wie Beteiligung die demokratische Zukunft offen hält

Demokratie lebt von der Idee einer offenen, gestaltbaren Zukunft. Gesellschaftliche Entwicklungen sind nicht naturgegeben. Sie werden ausgehandelt, verändert und politisch entschieden. Wenn junge Menschen nicht mehr glauben, dass ihre Welt auch anders gestaltet werden könnte, verliert Demokratie ihren praktischen Sinn. Beteiligung bietet dann keine Möglichkeit mehr, andere Wege zu eröffnen, sondern erscheint als folgenlose Geste.¹⁵

Für junge Menschen ist das keine abstrakte Frage. Es betrifft ihr konkretes Leben und ihre langfristigen Zukunftschancen: Schule, Ausbildung, Wohnen, Mobilität, Klima, Sicherheit, soziale Infrastruktur und politische Rechte. Wo über Zukunft entschieden wird, ohne junge Menschen wirksam einzubeziehen, wird demokratische Offenheit zur bloßen Behauptung.¹⁶

Scheinbeteiligung beschädigt diese Offenheit zusätzlich. Junge Menschen dürfen dann zwar etwas sagen, doch ihre Beiträge werden nicht sichtbar aufgenommen, verhandelt oder beantwortet. Zuständigkeiten bleiben unklar, Entscheidungen werden nicht begründet, Rückmeldungen bleiben aus. Das trifft insbesondere jene, die ohnehin weniger Ressourcen haben, um sich Gehör zu verschaffen.¹⁷

Diese Erfahrung ist zeitkritisch. Junge Menschen, die heute Familie, Schule, Jugendhilfe, Kommune und Politik als folgenlos erleben, treten in wenigen Jahren als volljährige Bürger:innen in eine Demokratie ein, die ohne sie gestaltet wurde. Ob sie dies mit Vertrauen, Gestaltungswillen und Selbstwirksamkeit tun – oder mit Distanz und Entfremdung –, entscheidet sich bereits während ihres Aufwachsens im Hier und Jetzt.¹⁸

Reale Wirksamkeit entsteht dort, wo Mitsprache auf Rückmeldung trifft, Entscheidungen begründet werden und junge Menschen erleben, dass Zukunft nicht über ihre Köpfe hinweg festgelegt wird. Eine offene Zukunft braucht deshalb keine symbolische Beteiligung, sondern verlässliche Verfahren, erreichbare Orte und sichtbare Folgen.¹⁹

Beteiligung wird wirksam, wenn ...

- **Anliegen sichtbar aufgenommen werden,**
- **Zuständigkeiten klar sind,**
- **Entscheidungen begründet werden,**
- **Rückmeldungen erfolgen,**
- **junge Menschen Folgen erkennen können.**

¹⁵ vgl. Schauer 2023: 427, 429; Selk 2024: 88 f., 147

¹⁶ vgl. Hurrelmann & Bauer 2018: 106–109, 165, 172 f.; BMBFSFJ 2024b: 50, 58, 123, 126, 283, 490, 504; Albert, Quenzel & de Moll 2024: 233–236, 253, 271; Jugendteilhabeatlas 2025: 68–72; BMBFSFJ 2025b: 32, 60, 77–85, 93

¹⁷ vgl. BMBFSFJ 2025b: 6, 77–85, 89, 93; Calmbach et al. 2024: 244–251; Steinhauer et al. 2025: 49–54, 64; Jugendteilhabeatlas 2025: 68–72

¹⁸ vgl. Hurrelmann & Bauer 2018: 106–109; Rottach et al. 2025: 6 f.; Albert, Quenzel & de Moll 2024: 13, 271; DJJ 2024e: 9, 12; Quenzel & Hurrelmann 2022: 97

¹⁹ vgl. BMBFSFJ 2025b: 6, 77–85, 89, 93; Jugendteilhabeatlas 2025: 68–72; BMBFSFJ 2024b: 363, 366, 490, 504



Wie politische Ohnmacht anschlussfähig wird

Viele junge Menschen sind politisch interessiert. Sie beobachten Krisen, informieren sich, engagieren sich und entwickeln klare Vorstellungen davon, was sich verändern müsste. Problematisch ist also nicht das fehlende Bewusstsein. Problematisch ist die Lücke zwischen ausgeprägtem Interesse und erlebter Einflusslosigkeit.²⁰

Diese Lücke entsteht nicht erst in politischen Institutionen. Wer zu Hause wenig Ruhe, Geld oder Mitsprache erlebt, wer in Schule Abwertung, Überforderung oder folgenlose Mitwirkung erfährt, wer im Sozialraum keine erreichbaren Orte findet und in politischen Verfahren nicht vorkommt, lernt: Die eigene Stimme zählt nur begrenzt. Aus diesen einzelnen Erfahrungen kann eine negative Erwartungshaltung werden.²¹

Wo sich diese Erwartung dauerhaft verfestigt, entsteht politische Distanz. Junge Menschen nehmen die Probleme wahr, bezweifeln aber, dass bestehende Verfahren angemessen reagieren. Sinkendes Vertrauen, politische Distanz und autoritäre Orientierungen sind deshalb nicht einfach Jugendprobleme und auch nicht bloß Folgen unzureichender politischer Bildung. Sie verweisen auf eine tiefere Diskrepanz: Viele junge Menschen wollen mitgestalten, finden aber zu selten Verfahren, Orte und Institutionen, in denen dieses Interesse wirksam werden kann.²²

Aus dieser Erfahrung können unterschiedliche Reaktionen entstehen. Manche ziehen sich ins Private zurück und versuchen nur noch, sich selbst zu optimieren.

Andere werden empfänglich für Angebote, die Zugehörigkeit, Ordnung und Handlungsfähigkeit versprechen, demokratische Aushandlungsprozesse jedoch ersetzen. Gerade hier können autoritäre und extrem rechte Deutungsangebote anschlussfähig werden. Sie greifen reale Ohnmacht, fehlende Anerkennung und soziale Verunsicherung auf. Sie versprechen klare Zugehörigkeit in einer unübersichtlichen Weltlage, Ordnung in der Polykrise und Handlungsfähigkeit dort, wo demokratische Verfahren als langsam oder folgenlos erscheinen.²³

Doch diese Angebote verwandeln Ohnmacht nicht in Selbstbestimmung. Sie übersetzen sie in Abgrenzung, Feindbilder und Unterordnung. Die versprochene Selbstermächtigung entpuppt sich als Entmündigung. Statt Jung Menschen zu befähigen, mit Komplexität und Widersprüchen umzugehen, eigene Positionen zu entwickeln und Aushandlungsprozesse zu gestalten, werden sie in starre Denkmuster gepresst.²⁴

Eine Generation, die Partizipation vor allem als Ohnmachtserfahrung kennt, gefährdet nicht nur individuelle Entwicklungsverläufe, sondern die demokratische Zukunft insgesamt. Deshalb reicht es nicht, Demokratie auf Workshops zu verengen. Demokratie muss alltäglich und überall erfahrbar werden.²⁵

²⁰ vgl. Rottach et al. 2025: 6 f.; Albert, Quenzel & de Moll 2024: 13, 233–236, 271; Calmbach et al. 2024: 304 f.; DJJ 2024e: 9, 12

²¹ vgl. Funcke & Menne 2023: 10–13; Calmbach et al. 2024: 227 f., 244–251, 304 f.; Jugendteilhabeatlas 2025: 68–72; BMBFSFJ 2025b: 77–85, 89, 93; Albert, Quenzel & de Moll 2024: 72–75, 271; Quenzel & Hurrelmann 2022: 97

²² vgl. Funcke & Menne 2023: 10–13; Calmbach et al. 2024: 227 f., 244–251, 304 f.; Jugendteilhabeatlas 2025: 68–72; BMBFSFJ 2025b: 77–85, 89, 93; Albert, Quenzel & de Moll 2024: 72–75, 271; Quenzel & Hurrelmann 2022: 97

²³ vgl. Schauer 2023: 427, 429; Selk 2024: 88 f., 147; Albert, Quenzel & de Moll 2024: 72–75; Calmbach et al. 2024: 12, 301–303; Allroggen et al. 2020: 34–37; Keil 2020: 38, 40

²⁴ vgl. Hurrelmann & Bauer 2018: 106–109; Allroggen et al. 2020: 34–37; Keil 2020: 38, 40; Albert, Quenzel & de Moll 2024: 72 f.

Wie Beteiligung vom Zufall zur demokratischen Struktur wird

Die zentrale politische Aufgabe lautet: Beteiligung darf kein Glücksfall bleiben. Es darf nicht davon abhängen, ob junge Menschen zufällig in einer ressourcenstarken Familie geboren werden, eine gut ausgestattete Schule besuchen, in einem gut angebundenen Sozialraum aufwachsen oder auf Erwachsene treffen, die Kinder- und Jugendbeteiligung ernst nehmen.²⁶

Vom Zufall zur demokratischen Struktur heißt, Anerkennung, Unterstützung und Beteiligung verlässlich zu organisieren. Junge Menschen müssen darauf zählen können, dass Hilfe erreichbar ist, Verfahren nachvollziehbar sind und ihre Perspektiven für Entscheidungen relevant werden. Das betrifft Familie, Schule, Kommune, Jugendhilfe, Stadtentwicklung und politische Institutionen gleichermaßen.²⁶

Die Formel dafür ist einfach, aber anspruchsvoll: politische Rechte, angemessene Ressourcen und verlässliche Verfahren müssen zusammenkommen. Fehlt eines davon, droht Beteiligung zur Scheinpartizipation zu werden. Rechte ohne Ressourcen bleiben inhaltsleer. Ressourcen ohne Verfahren bleiben zufällig. Verfahren ohne Macht bleiben folgenlos.²⁷

Dabei reicht Gleichbehandlung nicht aus. Wer ungleiche Ausgangslagen ausgleichen will, muss Ressourcen nach Bedarf steuern. Wo soziale Belastung, räumliche Entfernung, geringe Angebotsdichte und institutionelle Schwäche zusammenkommen, braucht es mehr Unterstützung – nicht weniger.²⁸

²⁵ vgl. Hurrelmann & Bauer 2018: 97–109, 145–155, 165–176; Robert Bosch Stiftung 2024b: 83–85; Jugendteilhabeatlas 2025: 32–34, 68–72; BMBFSFJ 2025b: 77–85, 89, 93

²⁶ vgl. Schauer 2023: 427–429; Hurrelmann & Bauer 2018: 97–109, 106–109; BMBFSFJ 2025b: 6, 77–85, 89, 93; Jugendteilhabeatlas 2025: 68–72

²⁷ vgl. Hurrelmann 2002; Hurrelmann & Bauer 2018: 106–109; BMBFSFJ 2025b: 6, 77–85, 89, 93; Quenzel & Hurrelmann 2022: 97

²⁸ vgl. Funcke & Menne 2023: 10–13; Der Paritätische 2025: 21, 26–28; Jugendteilhabeatlas 2025: 32–34, 68–72; BMBFSFJ 2024b: 490, 504

²⁹ vgl. Rottach et al. 2025: 6 f.; Albert, Quenzel & de Moll 2024: 13, 271; Calmbach et al. 2024: 304 f.; DJJ 2024e: 9, 12; Quenzel & Hurrelmann 2022: 97

Die dokumentierte Diskrepanz zwischen hohem jugendlichen Partizipationsinteresse und fehlenden Möglichkeiten zur Verwirklichung ist nicht durch individuelle Förderung oder pädagogische Programme zu überbrücken. Nötig ist eine grundlegende Transformation der Bedingungen, unter denen junge Menschen aufwachsen und Beteiligung erfahren.²⁹

Wirksame Kinder- und Jugendbeteiligung darf keine Ausnahme sein, sondern muss zur wiederkehrenden Erfahrung werden. Die Herstellung ihrer Bedingungen ist keine freiwillige Zusatzaufgabe. Sie ist ein demokratischer Imperativ.

Zufall	Demokratische Struktur
abhängig von Elternhaus	armutsfeste Grundlagen
abhängig von einzelner Schule	verlässliche Förderung und Mitwirkung
abhängig vom Wohnort	erreichbare Orte und Mobilität
abhängig vom Wohlwollen Erwachsener	Rechte, Standards und Rückmeldungen
abhängig von Projektmitteln	dauerhafte Infrastruktur